

A N F R A G E von Anita Borer (SVP, Uster) und Marc Bourgeois (FDP, Zürich)

Betreffend Politische Neutralität und Ausgewogenheit an kantonalen Berufsschulen

Berufsschulen sollen ausbilden, nicht politisch erziehen. An kantonalen Berufsschulen gilt der Grundsatz der politischen Neutralität und der faktenbasierten Bildung. Umso irritierender sind Berichte, wonach an der Allgemeinen Berufsschule Zürich (ABZ) ein obligatorischer Vortrag mit klar einseitiger politischer Schlagseite durchgeführt worden sein soll.

Am 11. November 2025 mussten Lernende der ABZ verpflichtend an einem rund 90-minütigen Vortrag der sogenannten Klima-Seniorinnen teilnehmen. Gemäss Aussagen von Betroffenen sei der Anlass einseitig, politisch beeinflussend und aktivistisch gewesen. Unter anderem seien die Lernenden explizit zum politischen Aktivwerden und zum Wählen bestimmter politischer Kräfte aufgefordert worden. Eine ausgewogene Darstellung oder ein Gegenpart habe gefehlt.

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Vorgaben gelten für kantonale Berufsfachschulen bezüglich politischer Neutralität bei obligatorischen Unterrichts- oder Sonderveranstaltungen?
2. Wie stellt der Kanton sicher, dass die Schulen im Kanton Zürich keine politische Beeinflussung oder einseitige Stimmungsmache ausüben und die verpflichtende schulische Neutralität einhalten?
3. Wurde der erwähnte Anlass an der ABZ durch die Schulleitung geprüft oder genehmigt? Wenn ja, nach welchen Kriterien?
4. Weshalb wurde bei diesem Thema kein ausgewogenes Format (z. B. Podium mit Gegenpositionen) gewählt?
5. Welche Möglichkeiten haben Lernende, sich einer als politisch einseitig empfundenen Pflichtveranstaltung zu entziehen, ohne negative Konsequenzen befürchten zu müssen?
6. Sieht der Regierungsrat Handlungsbedarf, um die politische Neutralität an Berufsschulen zu gewährleisten?

Anita Borer
Marc Bourgeois